Nummer 350

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 4000 Mk. 69. Jahrgang Dienstag, 31. Juli 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" Für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Lunk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn Schöneberg; Äußeres i. V. R. Jäger, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: S. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: R. Konglewski, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 20000 Mk., Reklamateil 80000 Mk., Stellungsuchende 8000 Mk. Bezugs-Preis freibl.: für Monat August 110000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentl. Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspeditoren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig: Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 franz. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, f. August Oesterreich 150000 Mk., Ungarn u. Polen 200000 M

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. 53/54 GRUNDSTÜCKE

Die Gewerkschaften bei dem Kanzler.

In der Reichskanzlei fand gestern nachmittag auf Einladung des Reichskanzlers eine eingehende Aussprache der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Beamten mit der Reichsregierung über die schwierige wirtschaftspolitische Lage statt, die sich infolge der Entwicklung der letzten Wochen im Reiche ergeben hat. Der Reichskanzler gab zunächst einen Ueberblick über die Lage und die von der Reichsregierung durchgeführten und weiterhin geplanten Maßnahmen. Insbesondere erörterte er die Möglichkeiten der wertbeständigen Anleihe, die Anpassung der Reichseinnahmen an die wachsende Geldentwertung und die schwierige Ernährungslage. Die Vertreter der Gewerkschaften legten sodann dar, wie sie sich die Lösung der drängenden Fragen vorstellen. Sie empfahlen Maßnahmen, die teils sofort auf Grund bestehender Gesetze, teils in naher Zukunft durch neue Gesetze und Verordnungen durchgeführt werden könnten, mit dem Ziel, stabile finanzielle Verhältnisse im Reiche zu schaffen und damit die Grundlagen für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu erhalten. Ueber diese Anregungen, wie über die Maßnahmen der Regierung, über deren Richtung die Regierungskundgebung vom Sonntag Aufschluß gegeben hat, entspann sich eine ins einzelne gehende Erörterung, in deren Verlauf u. a. der Reichswirtschaftsminister, der Reichsernährungsminister und der Vertreter des Reichsfinanzministers Gelegenheit hatten, die von der Reichsregierung verfolgte Politik zu erläutern; insbesondere legte der Reichsbankpräsident die Gründe der bisherigen und der jetzigen Reichsbankpolitik dar. Der Reichskanzler schloß die Sitzung mit dem Danke für die gegebenen Anregungen und mit dem Wunsche, daß die Gewerkschaften auch weiterhin in dieser schweren Zeit enge Fühlung mit der Reichsregierung halten möchten.

Forderungen der Sozialdemokratie.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Montag im Reichstage eine Sitzung ab. Sie beschlossen, die Reichstagsfraktion zu Donnerstag, den 2. August, zusammenzuberufen. Angesichts der akuten wirtschaftlichen Not beschäftigte man sich auch mit den finanziellen Vorschlägen der Reichsregierung. Sie wurden nicht für ausreichend erachtet, da in der jetzigen Situation nur äußerste Anstrengungen und drastische Maßnahmen helfen. Es wurde folgendes Programm beschlossen, daß der Reichsregierung am Dienstag unterbreitet werden soll. In dem Programm wird einleitend betont, daß radikale Anstrengungen der Finanzpolitik zur Verhinderung weiterer Inflation und Deckung der Staatslasten durch Steuern und Anleihen notwendig sind. Die Maßnahmen müßten sofort wirksam werden, weshalb die Anknüpfung an bestehende Steuern unumgänglich sei. Es wird gefordert:

1. 1. Verdreifachte Erhebung der nach dem Notversorgungsgesetz valorisierten Zwangsanleihe.
2. Verdreifachte Erhebung der valorisierten Vorauszahlungen der Körperschafts- und Einkommensteuer.
3. Verdreifachte Erhebung der am 31. Juli fälligen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der Umsatzsteuerbeträge von 300 000 Mk. und der Genossenschaften und des Einzelhandels.
4. Während der Dauer der Ruhraktion Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer.

Abgabe eines Doppelzentners Roggen pro Hektar land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodens unter Freilassung der Kleinbetriebe.

Zur Ergänzung werden Maßnahmen gefordert, durch die die Steuern, insbesondere die Lohnsteuer und die indirekten Steuern unmittelbar nach dem Entstehen der Steuerschuld eingehen. Ferner restlose Tragung jeglicher Geldentwertung bei verspäteter Steuerzahlung, mindestens Strafzuschläge von 200 Prozent pro Monat.

Außer diesen finanzpolitischen Forderungen werden folgende Forderungen erhoben:

Aenderung der Reichsbankleitung zur Wiederherstellung ihres Kredits und des für die Zentralbank notwendigen nationalen und internationalen Vertrauens. Kreditgewährung der Reichsbank nur auf Goldbasis gegen Goldzins. Einführung von Goldkonten und Annahme von Devisendepositen.

Organische Stützungsaktion. Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft gegen Dollarschuldverschreibung. Nötigenfalls Deklarationszwang mit eidesstattlicher Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes und der im Auslande befindlichen Vermögenswerte und Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen.

Sofortige Durchführung der Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek resp. durch unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den industriellen Unternehmungen.

Die neuen Steuervorlagen.

Das Rhein- und Ruhropfer.

Das Reichskabinett hat eine Reihe von Steuergesetzentwürfen angenommen, die dazu bestimmt sind, dem Reiche, dessen Ausgaben durch die fortschreitende Geldentwertung immer bedrohlicher anwachsen, in kürzester Frist neue erhebliche Einnahmen zu verschaffen.

An erster Stelle steht

das Rhein-Ruhropfer,

das in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil sieht für die leistungsfähigen Einkommensträger, d. h. für diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, die den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen (Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe) eine Abgabe vor, die aufgebaut ist auf den erhöhten Vorauszahlungen zur Einkommensteuer für das dritte und vierte Kalendervierteljahr 1923 und für das erste Kalendervierteljahr 1924. Die Abgabe soll in drei Raten bezahlt und mit den gesamten Vorauszahlungen verbunden werden. Die erste Rate soll also nach im August fällig sein. Zwecks beschleunigter Einzahlung der zweiten und dritten Rate soll der Vorauszahlungstermin für das vierte Kalendervierteljahr 1923 vom 15. November 1923 auf den 5. Oktober 1923 und für das erste Kalendervierteljahr 1924 vom 15. Februar 1924 auf den 5. Januar 1924 vorgelegt werden. Jeder der drei Raten soll das Doppelte der eigentlichen Vorauszahlungen betragen. Die erste Rate, die im August fällig wird, wird also das Fünfzigfache der nach dem Einkommen von 1922 berechneten Vorauszahlungen ausmachen. Die weiteren beiden Raten im Oktober 1923 und Januar 1924 werden erheblich höher sein, weil infolge der inzwischen fortgeschrittenen Geldentwertung mit einer starken Erhöhung der Multiplikatoren für die Vorauszahlungen zu rechnen ist.

Die Erwerbsgesellschaften sollen ein Vielfaches ihrer Körperschaftssteuer für das vergangene Geschäftsjahr entrichten. Die Zahlungstermine sollen die gleichen wie bei den physischen Personen sein. Bei den Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, soll die erste Rate, die im August zu zahlen ist, die Hälfte der Körperschaftssteuer für das Geschäftsjahr 1923 multipliziert mit 35 betragen.

Darüber hinaus sollen diejenigen Einkommensträger, die nicht den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen, aber im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als 1 Million Mark bezogen haben, mithin auch als leistungsfähig angesehen werden können, im August das Fünfundzwanzigfache und im Oktober und im Januar das Fünfzigfache ihrer Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das jeweils maßgebende Kalendervierteljahr zahlen.

Weiter sollen nach dem Entwurf zum Rhein-Ruhropfer auch die Personenkreise beitragen, die sich den besonderen Aufwand eines Kraftwagens, sei es für ihre persönlichen Zwecke, sei es für die Förderung ihres gewerblichen Betriebes gestatten können. Das Opfer beträgt das Fünfzigfache der Kraftfahrsteuer nach dem Stande vom 1. September 1923. Bei Kraftfahrzeugen, die der Lastenbeförderung dienen und daher wesentlich in gewerbliche Zwecke eingeordnet sind, soll ein Opfer in Höhe vom Fünffachen der Steuer gefordert werden.

Das Rhein-Ruhropfer soll von den Steuerpflichtigen, die in den besetzten Gebieten wohnen oder ihren Ort der Leitung haben, sowie von den Steuerpflichtigen, die aus Anlaß der Besetzung ihren Wohnsitz oder Ort der Leitung unfreiwillig verloren haben, nicht erhoben werden.

Zu dieser Belastung des Besitzes tritt ein Entwurf über

Abänderung einzelner Verbrauchssteuergesetze.

Die Biersteuer soll, wie es bereits durch das Biersteuergesetz von 1918 vorgesehen war, auf etwa 20 Prozent der Brauerei-preise oder 8—12 Prozent der Kleinverkaufspreise gebracht werden, nachdem die vom Reichstag im Juli beschlossene Erhöhung der Biersteuer als ausreichend nicht angesehen werden kann.

Das Mineralwassersteuergesetz soll aufgehoben werden, nachdem der Reichstag die Erhöhung der Steuer abgelehnt hat. Die hierähnlichen Getränke, die bisher der Mineralwassersteuer unterlagen, werden in die Biersteuer eingegliedert. Der Entwurf will ferner bei der Bier-, Zucker-, Salz-, Zündwaren-, Leuchtmittel-, Spielkarten- und Kohlensteuer durch Verkürzung der Fälligkeitsfristen den möglichst raschen Eingang dieser Steuern bewirken. Des weiteren soll der Zahlungsaufschub bei Branntweinaufschlag und Essigsäuresteuer beseitigt werden.

Endlich handelt es sich um ein Steuerzinsgesetz, durch welches der Reichsminister der Finanzen die Ermächtigung erhalten soll, für Verzugszinsen und Zinsen, die bei Steuerstundungen gewährt werden, einen wesentlich höheren Zins als bisher festzusetzen.

Die Entwürfe sind bereits dem Reichsrat zugegangen.

„Krise".

Auch gestern beherrschten die Gerüchte, die Stellung der Regierung Cuno sei kritisch geworden, die Erörterungen in den politischen Kreisen und in der Presse. Wie stark der Widerhall der von der „Germania" angeschnittenen Diskussion ist, und wie gefährlich derartige Vorgänge außenpolitisch in einer Situation wie der wirken können, in der sich das Deutsche Reich jetzt befindet, zeigt das Echo, das die Krisengerüchte in der Pariser, dem Quai d'Orsay nahestehenden Presse gefunden haben. Am bemerkenswertesten ist eine Aeußerung des „Temps", der mit Genugtuung feststellt, daß nach den Berliner Nachrichten das Kabinett Cuno wanke. Das Blatt entschlödet sich nicht, der nachfolgenden Regierung einen Köder anzubieten, indem es ihr ein französisches Entgegenkommen in Aussicht stellt. Eine neue deutsche Regierung, die aus allen „republikanisch zuverlässigen Parteien" bestände, könnte auf „annehmbare Bedingungen zur Beendigung der Ruhraktion" hoffen. Das „Echo de Paris" unterstreicht das Urteil des „Temps". Diese französische Stellungnahme beleuchtet schlagartig die Lage. Frankreich glaubt, aus den Krisengerüchten die Hoffnung schöpfen zu können, daß Deutschland mürbe sei und daß die Zeit gekommen sei, eine neue Friedensresolution vom Muster 1917 herbeizuführen. Frankreich glaubt, daß durch Vermehrung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Leitung der deutschen Politik eine Stimmung erzeugt werden könnte, die eine neue Regierung den französischen Kapitulationsbedingungen gefügig macht. Es will den alten Fehler der Deutschen, die Hoffnung und den Optimismus, werden und zu stärken, daß das Kabinett Cuno gestürzt wird und einer Regierung Platz macht, die auf Versprechungen eingeht und unterschreibt. Hier liegt der Angelpunkt der „Krise". Jeder, der für eine Ablösung der jetzigen Regierung eintritt, muß sich darüber klar sein, daß auch der Standpunkt der neuen Regierung in bezug auf die Stellung gegen Frankreich-Belgien und zum Ruhrkampf keine andere sein kann als die der Regierung Cuno. Diese Erkenntnis scheint auch bei denen vorhanden zu sein, die manche Maßnahmen — oder das Fehlen von Maßnahmen — der Regierung Cuno scharf kritisieren. Aus den Krisengerüchten schält sich im bürgerlichen Kreisen in diesem Sinne neuerdings die Stellungnahme heraus, daß, weil eben die Ruhrpolitik die gleiche bleiben und von der bisherigen Regierung weitergetragen werden muß, das Kabinett Cuno bleiben und in diesem oder jenem Teile umgebildet werden müsse. Durch den „Vorwärts"-Aufsatz des Abgeordneten Müller-Franken ist die Frage der Großen Koalition in den Vordergrund gestellt. Sie kann nur durch eine der sozialdemokratischen Stellungnahme entsprechende Erklärung der Deutschen Volkspartei beantwortet werden. Das Organ dieser Partei, die „Zeit", äußert sich nun dazu in bemerkenswerter Weise unter der bezeichnenden Ueberschrift „Krisengerede" folgendermaßen:

„Das Kabinett Dr. Cuno hat in einem Aufruf an das deutsche Volk ein Programm aufgestellt, das in allernächster Zeit verwirklicht werden und unseren inneren Schwierigkeiten steuern soll. In der äußeren Politik verfolgt diese Regierung eine Richtung, die von dem gesamten Volke gebilligt wird. Unter diesen Umständen hat der Reichstag die Pflicht, bei seinem Zusammentritt am 8. August in aller Sachlichkeit diejenigen Maßnahmen zu prüfen, die die Regierung vorschlägt, und es besteht gar kein Grund, vorher wilde Krisengerüchte in die Welt zu setzen. Mag immerhin Kritik an dem Nachlassen der Regierungsaktivität geübt werden, — das Kabinett Dr. Cuno hat trotz allem das große Verdienst, daß es die Einheitsfront bis jetzt zusammengehalten hat. Und wenn wirklich die bevorstehende Beratung des Reichstages schwache Stellen in der Fundamentierung der gegenwärtigen Regierung erweisen sollte, so kann es sich doch nur darum handeln, das Fundament wieder zu befestigen und eine schleppende Kabinettskrisis zu vermeiden. Bis dahin liegt nicht der geringste Grund vor, sich in allen nur denkbaren Kombinationen zu ergehen, die völlig grundlos sind. Denn erst mit dem Zusammentritt des Reichstags können diejenigen Fragen akut werden, mit deren Lösung die politische Sensationspresse sich jetzt schon abmüht." Das bedeutet also, daß die Deutsche Volkspartei, deren Führer, Dr. Stresemann, ja auch fern von Berlin weilt, keinen Grund für einen Regierungswechsel sieht, daß sie aber sich etwa ergebenden Notwendigkeiten, Korrekturen in der Besetzung einzelner Posten vorzunehmen, sich nicht verschließen würde.

Der Reichstag tritt am 8. August zusammen. Der Gesamteindruck ist der, daß vor diesem Termin keine wichtigen innenpolitischen Veränderungen vor sich gehen werden. Auch die gestrigen, an anderer Stelle wiedergegebenen programmatischen Beschlüsse der Vorstands-

Hardings Erkrankung.

eca Paris, 30. Juli.

Die aus Amerika eintreffenden Nachrichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten Harding, der sich bekanntlich eine Vergiftung zugezogen hat, lauten etwas beunruhigender. Aus San Franzisko wird gemeldet, daß Präsident Harding mitgeteilt habe, er annulliere das Programm für seine Reise nach Kalifornien. Diese Entscheidung erfolgte auf Anraten der Aerzte des Präsidenten. In der Umgebung Hardings sieht man diese Entscheidung als ein Zeichen dafür an, daß sein Gesundheitszustand schlechter ist, als man allgemein glaubte. Dr. Sayer, der Arzt des Präsidenten, veröffentlichte gestern abend ein Communiqué über den Gesundheitszustand des Präsidenten, demzufolge im Laufe des Tages neue Komplikationen eingetreten seien, die eine neue Konsultation notwendig machen.

Die amerikanischen Besetzungskosten.

London, 30. Juli.

In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte im Unterhause Johnson-Hicks, zwischen der amerikanischen, der britischen, der französischen, italienischen und belgischen Regierung sei ein Abkommen unterzeichnet worden betreffs Rückerstattung der amerikanischen Besetzungskosten. Der der amerikanischen Regierung zustehende Betrag werde in zwölf Jahreszahlungen erstattet werden, die den Reparationsbarzahlungen entnommen werden sollen. Die erste Ratenzahlung werde nach dem 31. Dezember d. J. erfolgen. Diese Jahresratenzahlungen werden bis Dezember 1926 kein Vorzugsrecht gegenüber den englischen Besetzungskosten genießen. Nach diesem Datum werde ihnen aber ein Vorzugsrecht zustehen.

Griechische Volksabstimmung über den Lausanner Vertrag.

EP London, 30. Juli.

Der Korrespondent des „Daily Expreß" in Athen meldet, daß die Griechen beabsichtigen, den Lausanner Vertrag einer Volksabstimmung zu unterbreiten. Die Volksbefragung ist auf den 20. August anberaumt.

Auch eine Sühne.

Brüssel, 30. Juli.

Das Gericht hat den Reserveleutnant Meedenant, der den deutschen Geschäftsträger seinerzeit angegriffen hatte, zu vier Monaten Gefängnis mit Strafaufschub verurteilt.

Teuerung und Geldentwertung.

eca München, 30. Juli.

Im bayerischen Landtag erhob heute der Sozialdemokrat Dr. Bauer im Verlaufe einer Teuerungsdebatte, die von einer sozialdemokratischen Interpellation eingeleitet wurde, scharfe Angriffe gegen die Regierung, der er Passivität gegenüber der furchtbaren Entwicklung der Teuerung vorwarf. Landwirtschaftsminister Wutzlhofer erwiderte darauf, daß, solange die Ruhrbesetzung andauere, weder die Reichsregierung, noch eine andere Landesregierung in der Lage sei, der Teuerungswelle Einhalt zu gebieten. Es handle sich überhaupt weniger um eine Teuerung, als vielmehr um die Auswirkung der Geldentwertung. Die Brotversorgung sei aber sichergestellt, zumal auch eine gute Mittelernte in Aussicht stehe. Im übrigen sei es die wichtigste Aufgabe, ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen. Der Reichsernährungsminister wolle darüber mit dem Reichsfinanzministerium in Verhandlungen treten.

Schafft Kartoffeln!

Ein Aufruf des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates Dr. Brandes erläßt folgenden Aufruf:

„Der Herr Reichskanzler weist darauf hin, daß infolge der Verspätung der Kartoffelernte die Städte von Kartoffeln entblößt seien und daß auch sonst die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchermassen wachsen. Der Herr Reichskanzler richtet an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge, insbesondere der Frühkartoffeln, möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern. Unterstützung durch das Reichsverkehrsministerium sei zugesichert. — Ich unterstütze diese ernste Mahnung des Herrn Reichskanzlers aufs dringendste. Verspätete Ernte und Markentwertung verschlimmern die Lage. Es kommt jetzt darauf an, trotz dieser Schwierigkeiten den Anschluß an die neue Ernte zu erreichen, die, wenn sie gut geborgen werden kann, gut zu werden verspricht. Ich fordere deshalb die deutschen Landwirte auf, der Mahnung des Herrn Reichskanzlers zu folgen und insbesondere, soweit es der Reifegrad der Kartoffeln irgend gestattet, die Städte möglichst ausgiebig mit Frühkartoffeln zu versehen."

Schlußkurs der Mark in New-York

0,0001.

Hiesige Parität ca. 1000000.